

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa.
Telephon Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postcheckkonto: Dresden 1530
Kontokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 62.

Mittwoch, 14. März 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für März 2900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 200.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 42.— Mark feste Tarife. Bemühter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlags-Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bekanntmachung.

Arbeitgeber werden hiermit ausdrücklich auf die von der Reichsarbeitsverwaltung erlassenen Vorschriften über Meldungen bei Streiks und Ausfahrungen vom 17. November 1922 (Reichsarb.-Bl. S. 699) und vom 10. Januar 1923 (Reichsarb.-Bl. S. 46) hingewiesen. Die Meldungen über den Beginn sind spätestens am folgenden

Werktag, über das Ende unverzüglich dem zuständigen Arbeitsnachweis zu erstatten. Innerhalb einer Woche nach Beendigung sind weiter statistische Nachweise einzureichen. Die notwendigen Vordrucke sind bei den Arbeitsnachweisen gegen Erstattung der Selbstkosten erhältlich.

Großenhain, am 27. Februar 1923. 402 a Bes. A. Amtshauptmannschaft.

Vertilches und Sämliches.

Riesa, den 14. März 1923.

1. Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlte Herr Stadt. Hagen. Am Ratstische hatten Herr Bürgermeister Dr. Schneider, Herr Stadtrat Gutacker und Herr Stadtrat Quastel Platz genommen. Der Zuschauerraum war mäßig gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Gintler.

2. Der Erhöhung des Mittelleibbeitrags für den Sächsischen Altersversicherung auf den Mindestbeitrag von 500 M. wurde zugestimmt.

3. Dem Ratsbeschlusse, dem Landesverein „Sächsischer Heimatschutz“ einen einmaligen Beitrag von 5000 M. zu gewähren, wurde beigestimmt.

4. Der Bund sächsischer Deimbildhauer fordert eine Erhöhung der Gebühren für die Zeichenfrauen, und zwar soll die Gebühr bei Verlorung von Zeichen Gewächser 5000 M. und bei Verlust von Kindern unter 14 Jahren 4000 M. betragen. Der Rat hat die geforderten Gebühren für die Zeichenfrauen genehmigt. Herr Stadt. Schneider regt an, die Gebühren für die Zeichenfrauen nach der im Bezirk Großenhain vorgesehene Staffelung nach dem ortsüblichen Tagelohn zu regeln. Herr Bürgermeister Dr. Schneider erklärte, daß der Rat bereit sei, eine Regelung zu treffen, eine Behandlungsdauer von 10 Stunden, wie sie angelehrt ist, erscheine dem Bezirksausschuß jedoch als zu hoch. Nachdem der Herr Bürgermeister die Annahme der vom Rats festgelegten Sätze und die etwaige Neuregelung einer späteren Sitzung zu überlassen empfohlen hatte, wurde die Ratsvorlage einstimmig angenommen. — Herr Stadt. Schneider regt hierbei die Frage der unentgeltlichen Totenbestattung an und erklärte, daß die Regierung beabsichtigt, die Kostenfrage der Totenbestattung in aller nächster Zeit für das ganze Land zu regeln. Ein Betrag zur Beschaffung von Särgen und dergl. sei ja bereits bereitgestellt worden. Aber auch der Rat beabsichtigt sich mit der Angelegenheit. Die Sache werde auf seinen Fall ruhen.

5. Die elektrische Leitung im Waschhaus des Stadtkrankenhauses hat sich als schadhaft erwiesen. Die für die Instandsetzung erforderlichen Mittel sind vom Rat bewilligt worden. Auch das Kollegium erteilt hierzu seine Einwilligung.

6. Einkünftig beigetreten wurde ferner dem Ratsbeschlusse, betr. die Verleinerung des gesamten Personals des Stadtkrankenhauses.

7. Herr Stadt. Wiegand berichtet, daß die seinerzeit zur Ausführung von Notstandsarbeiten bereitgestellten 8 1/2 Millionen M. aufgebraucht seien. Es müsse nunmehr erwogen werden, ob die Arbeiten — Umbau der Kaserne II/68 und Straßenbeschönerungen — weiter durchzuführen werden sollen. Durch den Verkauf von aus dem Abbruch gewonnenen Material seien rund 10 Millionen M. Einnahmen gewonnen worden. Der Bauausschuß habe empfohlen, die Notstandsarbeiten nicht einzustellen. Die weiteren Kosten möchten aus dem 10 Mill. Ertrage bestritten werden. Das Kollegium beschließt in diesem Sinne.

8. Genehmigt wird der XI. Nachtrag zum Ortsstatut der Stadt Riesa, wonach der Garnisonauszuschuß aufgelöst und die einschl. Geschäfte dem Bauausschuß übergeben werden, und ebenso

9. der I. Nachtrag zum Ortsstatut, die Quartierleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes betr.

10. Entgegen dem Beschlusse des Stadt-Kollegiums, für die Stadtbücherei insgesamt 30000 M. zu bewilligen, hat der Rat diesen Betrag auf 20000 M. herabgesetzt. Herr Vorst. Günther erklärte, daß die linke Fraktion auf dem vom Kollegium gefassten Beschlusse beharre und versicherte, daß man fürs nächste Jahr eine angemessene Summe für die Stadtbücherei im Haushaltsplan einbringen werden werde. Herr Stadt. Krüger trat im Namen der Bürgerlichen ebenfalls dafür ein, den Beschluß aufrecht zu erhalten. Die Bücherei sei eine kulturelle Aufgabe der Stadt. Der Ratsbeschlusse wurde abgelehnt. Es verbleibt somit bei dem erstinstanzlichen Beschlusse.

11. Über den Ausbau der Kaserne II/68 zu Wohnungen berichtete Herr Stadt. Schneider. Er teilte mit, daß Herr Fabrikbesitzer Rengel seinerzeit beabsichtigt habe, in dem Kasernegebäude 12 Wohnungen errichten zu lassen. Das Projekt sei aber detailliert gezeichnet. Die große Wohnungsnot erfordere dringend, zunächst wenigstens einen Teil zu Wohnungen umzubauen. Der Bauausschuß halte den Umbau des Mittelbaues für am geeignetsten. Die Kosten würden sich nach dem gegenwärtigen Stande auf rund 150 Millionen M. belaufen, wobei die Verteilung einer Wohnung etwa 12 1/2 Millionen M. erforderlich würde. Vom Reiche würde — da auch hier die verfügbaren Mittel gering seien — nur eine kleine Summe

zur Verfügung gestellt werden können. Je nach Höhe des zugewiesenen Bauauschusses solle später der weitere Umbau geregelt werden. — Herr Bürgermeister Dr. Schneider erklärte, daß sich auch der Rat mit dem Beschlusse des Bauausschusses befaßt habe. Der Rat habe die Summe bewilligt. Der Ausbau der ganzen Kaserne würde, vorausgesetzt, daß die Baumaterialien nicht noch mehr in die Höhe gingen, etwa 526 Millionen M. kosten. Man könne sich aber damit trösten, daß man schließlich das zurzeit noch mietsweise der Stadt zur Verfügung stehende frühere Garnisonlazarett durch Kauf erhalten werde. Ein Umbau desselben zu Wohnungen dürfte, da selbiges baulich in besserem Zustande sei, mit entsprechend geringeren Kosten durchzuführen sein. Das Kollegium beschloß den Umbau, zu dem das durch den Abbruch gewonnene Material nach Möglichkeit verwendet werden soll, und bewilligte die erforderlichen Mittel. — Herr Stadt. Wiegand regte noch an, mit den Arbeiten sofort zu beginnen und nicht erst abzuwarten, in welcher Höhe die Bauauschüsse ausgeben. Durch den Bau würden Werte geschaffen, die der Stadt erhalten blieben. — Im Anschluß hieran kam Herr Wiegand auf eine Mieterangelegenheit in der Siedlung „Neue Hoffnung“ zu sprechen. Der Rat, als Hausbesitzer, möchte bei ähnlichen Umständen Strafvorwürfen vermeiden. Im weiteren führte Herr Wiegand über nicht immer einwandfreie Vorgänge in der Wohnungsanlage zu sprechen. Der Rat solle erachtet werden, zu prüfen, ob durch Teilung größerer Wohnungen Schaffung kleinerer Wohnungen möglich sei. — Zur Angelegenheit in der „Neuen Hoffnung“ teilte Herr Bürgermeister mit, daß der Rat Stellung genommen habe und die Sache erledigt worden sei.

12. Verschiedenes. In einem Schreiben hat der Rat mitgeteilt, daß er seinen Antrag, die Mittel für den Einbau eines neuen Retortenofens im Gaswerk durch entsprechende Zuschläge auf den Gaspreis während der Zeit vom Dezember 1922 bis Oktober 1923 erneut stelle. Die Linke erklärte sich heute um eine weitere Veränderung zu vermeiden, mit dem Vorschlage ebenfalls einzuwilligen. Der Ratsvorschlusse wurde angenommen. — Herr Wiegand regte an, daß sich aus Gesundheitsgründen gezwungen gesehen, sein Amt als Stadtvorsteher niederzulegen. Dem Gesuche wurde entsprochen. Herr Vorst. Günther nimmt Gelegenheit, Herrn Wiegand, der dem Kollegium seit Januar 1914 angehört hat, für die treue und opferwillige Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit den Dank des Kollegiums abzusprechen mit dem Wunsche, daß Herr Wiegand recht bald wieder in den Vollbesitz seiner Gesundheit gelangen möchte. — Herr Stadt. Wiegand rügte, daß vor allem bei regnerischer Witterung ein Teil der Bahnhofsstraße — zwischen dem Brandtischen Hofhof und der Ecke am „Deutschen Haus“ — sich oft in sehr mißlichem Zustande befinde und regte an, daß die Straßenpolizeiordnung mehr beachtet werden möchte. — Herr Bürgermeister Dr. Schneider sagte zu, daß hier etwas zur Beseitigung dieses Uebelstandes geschehen würde, und erklärte sich auch bereit, nochmals mit der Expeditionsfirma A. Schneider Verhandlungen zwecks event. Umbaus eines Teiles ihres Grundstückes anzubahnen. — Herr Stadt. Wiegand wünschte Auskunft darüber, ob die Stadt mit der festgelegten Einheitsgebühren der Kirchensteuer ausreichte. Herr Bürgermeister Dr. Schneider antwortete, daß die jetzt als vorläufig festgesetzte Einheitsgebühren 15 Prozent des Steuerlohs betrage. Der Stadtkasse würden besondere Steuerausfälle nicht entstehen. Die benötigten Formulare seien zu sehr günstigen Preisen beschafft worden. Zur Ausfertigung der Steuerzettel habe der Kirchenvorstand eine Schreibkraft mit zur Verfügung gestellt. — Auf eine Anfrage des Vorst. Günther über, wie weit die Ankaufsvormittlungen, das ehem. Garnisonlazarett betr., gehen seien, berichtete der Herr Bürgermeister, daß dem Rats eine Schuld an der Veränderung nicht zuzurechnen sei, es stehe vielmehr die Entschliessung des Reichsfinanzministers noch aus. Schluß der Sitzung gegen 7/8 Uhr.

13. Für Rhein und Ruhr. Am Sonnabend, den 17. dieses Monats trattete der Männergesangsverein „Vedertang“ — Oidag dem hiesigen seit Jahrzehnten in Freundschaft verbundenen „Auphion“ einen Gegenbesuch ab. Aus diesem Anlaß findet für unsere bedrängten deutschen Brüder am Rhein und an der Ruhr ein großes Wohltätigkeitskonzert im „Stern“ statt, das nicht 8 Uhr, wie angezeit, sondern 7 1/2 Uhr beginnt. Die beiden Vereine werden sowohl Einzel- wie Gesamtdarstellungen geben. Eine besonders Freude für die Riesner Kunstgemeinde dürfte es sein, die Kammerlängerin Elise Stünner von der Dresdner Staatsoper, die zur Zeit die bedeutendsten Partien singt, mit Liedern von Schubert und Wagner zu hören. Am Flügel wird Dr. Arthur Chik, Kapellmeister an den Sächsischen Staatstheatern, sitzen, der uns längt ein guter, geschätzter Bekannter geworden ist. Dem Konzert folgt ein Komers mit Männerchören, allgemeinen Gesängen und Ansprachen. Die Leitung des Konzertes liegt in den Händen des Seminaroberlehrers Oskar Falster und des Oberrealschuloberlehrers Iwan Schönebaum. Es steht zu hoffen, daß den Kämpfern am Rhein und an der Ruhr ein beträchtlicher Ueberdusch zugewiesen werden kann. Jeder helfe mit an diesem Werke! (Mäheres im Anzeigentheil.)

14. Sündentisch. Schulreformer. Man schreibt uns: In der Monatsversammlung am 10. März sprach Referent St. A. Voßmann über die religiöse Erziehung in der neuen Schule. Er vertrat den Standpunkt der Schul-

reformer, die aus tatsächlichen Gründen an das Bestehende anknüpfen und den alten Religionsunterricht mit neuem sozialen Geiste durchdringen wollen, außerdem fordern, daß der Unterricht an das im Rinde vorhandene religiöse Leben anknüpfe. Den christlichen Religionsunterricht der Kirche lehnte auch er als unkindlich, engberzig und unbillig ab. Weit entschiedener war die Stellungnahme der Debatte-rebner, die jeglichen besonderen Religionsunterricht, ebenso Moral- und lebenskundlichen Unterricht ablehnten, dafür religiöse Erziehung als Teil des gesamten Schullebens, als Erziehung zu Gerechtigkeit und Gängigkeit durch das Beispiel des Lehrers forderten.

15. Kucherspende. Die Schulkasse der Oberrealschule hat für die Kucherspende 123882 M. bei der Riesner Sparkasse abgeliefert.

16. Reklamereisepfennig. Bei folgenden weiteren Postankalten sind Reklamereisepfennig eingeliefert worden: Bernburg. Inskript: Soolbad Bernburg, Karlste Soole Deutschlands, daneben ein Bar. Benutzung des Stempels vom 10. Juli 1922 bis 14. Mai 1923, späterhin vom 15. Mai bis 14. September jeden Jahres. Gröba (Postl.). Inskript: Weltbekannte Musikinstrumenten- und Saiten-Industrie. Benutzung des Stempels seit 4. Februar d. J. Großfalza (R. Galbe-Saale). Inskript: Soolbad Eimen, Stat. Großfalza-Eimen. Größtes Gräberwerk. Benutzung des Stempels seit 1. Oktober 1922. Grünberg (Sleil.). Inskript: Obst- und Weinstadt des Ostens; dazu das Stadtwappen. Benutzung des Stempels vom 15. Februar 1923 bis vorläufig 14. August 1924. Jungborn (Harz). Inskript: Luft-Heil- und Diäturten für alle Krankheiten. Benutzung des Stempels bei Einrichtung der Postagentur jedesmal vom 1. Mai bis 30. September. Lößnitz (Ergeb.). Inskript: Weltbekannte Leder-Schuh-Industrie. Benutzung des Stempels seit 22. Februar d. J. Schierke (Harz). Inskript: Alpine Luftkurort im Oberharz. Sommer- und Winterportplatz. Benutzung des Stempels seit 15. August 1922. Untertalberg. Inskript: Industrieort für Mundharmonikas, Accordeons. 675 Meter über NN. Benutzung des Stempels seit 20. Februar 1923. Böhlitz (Ergeb.). Inskript: Stadt der Serpentinstein-Industrie. Benutzung des Stempels seit 16. Februar d. J.

17. Bessere Fleischversorgung? Die Fleisch-Verbandszeitung schreibt u. a.: Eine merkliche Entlastung erfahren die Viehmärkte der letzten Wochen durch den immer größer werdenden Auftrieb ausländischen Viehes. Dänische Rinder, südamerikanische Mastochsen und Metzeler Schweine standen in großer Zahl zum Verkauf und fanden wegen ihrer vorzüglichen Beschaffenheit und annehmbaren Preises rasch Liebhaber. Als beruhigendes Moment kommt noch in Frage, daß von deutschen Privatfirmen große Käufe ausländischen Viehes abgeschlossen wurden. Wenn auch bis zur Ankunft des letzteren noch einige Wochen vergehen dürften, so kann doch schon die Tatsache selbst preisdrückend auf den Markt wirken. Die Schwierigkeiten, mit denen die Importeure zu kämpfen haben, liegen naturgemäß in erster Linie in der Finanzierung. An einem einzigen Bahnmoggen hängen Hunderte von Millionen Mark. Das Reich würde gut daran tun, hier helfend einzutreten. Eine verstärkte Viehfahrt wäre ein Baustein für das Gebäude der jetzigen Regierungspolitik die „durchhalten“ heißt.

18. Rhein- und Ruhrflächlinge. Die eine Bewegung in Anspruch nehmen wollen, wenden sich, wie mehrfach mitgeteilt, an die nächste Fürsorgestelle. Die Fürsorge liegt in den Händen des Roten Kreuzes und wird in Sachsen durch die Zweigvereine vom Roten Kreuz ausgeübt.

19. Entstehung der Handelsverleumdung bei Breistreiberet und Bucher. Das Wirtschaftsministerium hat bekanntlich am 9. März eine Verordnung erlassen, nach der der Handel mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs von der behördlichen Genehmigung abhängig gemacht wird. Handelsentziehung wird angedroht, wenn sich Handelsstreiberet gegen die Bestimmungen über Breistreiberet, Kettenhandel und Bucher strafbar gemacht haben. Zur wirksamen Durchführung dieser Verordnung sind die Ministerien des Innern und der Justiz vom Wirtschaftsministerium ersucht worden, die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden anzuweisen, die Fälle, in denen sich Handelsstreiberet in erheblichem Maße gegen die Bestimmungen über Breistreiberet, Bucher und Kettenhandel vergehen haben, den Verwaltungsbehörden und in besonders schweren Fällen dem Wirtschaftsministerium mitzuteilen, damit durch Entstehung der Handelsverleumdung vorgegangen werden kann.

20. Sachsens Bautätigkeit im Januar 1923. Im Januar wurden in Sachsen nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamts 10 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Kreisbauhauptmannschaften Bautzen 3, Chemnitz 6, Dresden 16, Leipzig 8 und Zwickau 13. Diese 40 Neubauten, von denen 31 auf neuer Baustelle errichtet wurden, sollen insgesamt 60 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 85 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Ausbauten mit insgesamt 130 Wohnungen erteilt, von denen 13 Um- und Ausbauten mit 14 Wohnungen sein werden. — Ausgeführt und bauvollständig abgenommen wurden 104 Neubauten mit 279 Wohnungen. Hierunter befinden sich 14 Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also Einfamilienhäuser, 38 mit nur einem, 41 mit zwei Wohngeschoßen sowie 50 Neubauten gemietnütziger Art. Von den 279 Wohnungen entfielen 11 auf 86 drei, 101 vier, 53 fünf Wohnräume. Durch aus-